

Die Ziele werden künftig gemeinsam verfolgt

RP-12.5.2440

Von UWE PLIEN

XANTEN. Verkommt der Niederrhein zu einer Spielwiese politischer und ökonomischer Interessen? Und: Werden Land und Leute durch einen schwachen Hochwasserschutz als Folge dieser Entwicklung nicht abzu- sehenden Gefahren ausgesetzt? Diesen und anderen Fragen wurde bei van Bebber in Birten nachgespürt. Dorthin hatten Vertreter verschiedener links- und rechtsrheinisch ansässiger Arbeitskreise und Initiativen eingeladen, die künftig zusammenarbeiten werden, um schlagkräftiger agieren zu können.

Die „Bürgerinitiative Bergbaubetrofener im Bereich der Stadt Voerde“ und der „Initiativkreis gegen Zahlungspflicht für Deichsanierung, Zahlungspflicht und Risikoschutz am Niederrhein“ etwa, aber auch die Rheinberger „Schutzgemeinschaft Bergbau“ und die „Bürgerinitiative gegen Deichrückverlegung und Überschwemmung von Bylerward und Umgebung“ gehören zu dieser partnerschaftlichen Verbindung.

Umwelt-Anwalt

Dass sich die Initiativen zusammenschließen und - so sagte es der Initiator des Abends, Hans-Peter Feldmann aus Birten - „künftig gemeinsame Ziele verfolgen werden“, bezeichnete Klaus Kall als einen „riesigen Fortschritt“. Der Moerser Umwelt-Anwalt und -Gutachter war als

Hauptredner eingeladen worden und erörterte rechtliche Aspekte des Hochwasserschutzes.

Kall erinnerte daran, dass es „völlig unstrittig ist, dass das Land für den Hochwasserschutz zuständig ist“. Er betrachte mit Sorge, wie unzureichend der Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen betrieben werde und zeigte Verständnis für die Klagen der Niederländer: Sie könnten gar nicht anders als den Oberlieger - also die deutschen Nachbarn - haftbar zu machen.

Grenzüberschreitend sehen

Den Hochwasserschutz müsse man grenzübergreifend sehen - am Mittel- und Oberrhein und an den Rheinzufüssen müssten ebenso Retentionsräume geschaffen werden wie hier bei uns.

Kritisch betrachtete Anwalt Klaus Kall auch den Bergbau und die durch ihn hervorgerufenen, ganz erheblichen Absenkungen: „Östlich der D... deestraße 67“, so Kall, „entsteht ein riesiger Absenkungsbereich, der meines Erachtens nach nicht zu verantworten ist.“ Der Bergbau müsse „wegen Nicht-Verantwortbarkeit gestoppt werden“.

Falsche Voraussetzungen

Seine Kritik bezog sich auch auf den Steinsalzabbau: „Der Rahmenbetriebsplan Borth ist unrichtig. Er geht von falschen Voraussetzungen aus, was die Absenkungen angeht.“ Als „ganz großen Unsinn“ bezeichnete Klaus Kall auch die Auskiesungen, die zusätzliche Probleme schaffen würden.

Schutzgemeinschaft Bergbau

Er riet den Initiativen, auf jeden Fall mit vereinten Kräften anzutreten. Was es ausmache, entschlossen vorzugehen, habe die Rheinberger „Schutzgemeinschaft Bergbau“ gezeigt, deren Arbeit er als „sehr effizient“ bezeichnete. „Da, wo sich Bürger zusammentun, lässt sich schneller etwas erreichen“, meinte der Moerser Anwalt Klaus Kall abschließend.